

Folgender Brief ging am 13.05.2012 an Herrn Leuning (MdB) in der Funktion als **Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung**.

Die Anschrift des Herrn Leuning: FDP-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

-- O F F E N E R B R I E F ----

Betr.: Menschenrechts Verletzungen in der Ukraine (Fr. Timoschenko)

Sehr geehrter Herr Leuning,

ich bitte Sie inständig, sich nicht mehr offiziell zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine zu äußern. Dies gilt auch für die hochverehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel. Die Zustände in der Ukraine, so wie sie in den Medien geschildert werden, unterscheiden sich fast nicht mit dem, was in deutschen, insbesondere bayerischen Gefängnissen geschieht. Nach wie vor erleiden in unserer Bundesrepublik tausende von Gefangene Schmerzen, die durch psychische und nicht zuletzt auch durch körperliche Folter herbei geführt werden. Das, was dort in der Ukraine geschieht (ich verurteile das auch), passiert hier Tag für Tag. Ich könnte aufgrund meiner hier unschuldig verbrachten U-Haftzeit unzählige Beispiele benennen. Das Grundgesetz wird hinter den Mauern mit Füßen getreten. Meist wird dies durch die Staatsanwaltschaften initiiert, da diese innerhalb des Systems nur mit Erfolgsmeldungen aufwarten wollen. Fehler und Vergehen seitens dieser Behörden werden zu Kosten der unschuldig Inhaftierten beseitigt. Da spielt es meist auch keine Rolle wenn die Existenz von tausenden von Menschen völlig zerstört wird und deshalb sehr viele Menschen ihre Flucht im Freitod suchen. Ich kann an dieser Stelle nur für Nürnberg - "der Stadt der Menschenrechte" - sprechen. Jedoch ist davon auszugehen, dass gewisse Praktiken bundesweit ausgeübt werden. Verurteilungen finden meist nur noch über psychische und körperliche Folter erzwungene Deals statt.

In Deutschland werden Menschen verhaftet und in U-Haft gebracht, wo man sie dann gefügig macht. Dies geschieht aus vielerlei Gründen, die ich hier nicht im Einzelnen benennen möchte.

Wie im Fall "Timoschenko", findet auch hier in Deutschland keine wirkliche ärztliche Behandlung innerhalb der Haftanstalten statt. Auch hier musste ich schon eigene Erfahrungen sammeln und mir wurde dies auch von meiner Ehefrau, die sich ebenfalls unschuldig in U-Haft befindet, bestätigt. Sie hat sich während der U-Haft einen Fuß gebrochen und wird mehr oder weniger wie ein Tier, zumindest wie ein Mensch der untersten Klasse, behandelt. Folgeschäden sind nicht auszuschließen.

Übrigens: Meine Frau befindet sich nicht zuletzt auch deshalb in Haft, um mich zu einem Geständnis zu bewegen. Weder meine Ehefrau, noch meine Person, haben eine Schuld auf uns geladen und deshalb werde ich niemals zu einem Geständnis bereit sein, auch wenn man uns mittlerweile fast 18 Monate psychisch foltert und keine Möglichkeit auslässt, uns im Sinne der sogenannten Staatsmacht gefügig zu machen.

Herr Leuning - aus diesem Grund bitte ich Sie und die Bundeskanzlerin keine abwertenden Worte mehr bzgl. der Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine offiziell zu äußern. Informieren Sie sich bitte einmal sehr intensiv mit der Art und Weise, wie hier mit Menschen umgegangen wird. Wir sind definitiv nicht weit weg von dem, was Sie und andere Politiker vielen anderen Ländern vorwerfen.

Wenn ich mich hier nicht so sehr um meine Verteidigung kümmern müsste, würde ich all das, was ich tagtäglich an Menschenrechts Verletzungen erlebe, an die Öffentlichkeit bringen. Aber gerade als unschuldig

Inhaftierter muss man mehr als andere an der Verteidigung arbeiten, da man durch Staatsorgane schon durch die Medien vorverurteilt wird.

Menschenwürde und die Menschenrechte sollten lt. Grundgesetz eines der obersten Ziele der Bundesrepublik sein. Bitte helfen Sie mit, dass dieses Ziel baldigst erreicht wird - derzeit sind wir noch meilenweit davon entfernt.

In der Hoffnung, dass dieser Brief Sie erreicht, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

gez. Horst Kirsten
(seit 530 Tagen unschuldig in Haft
und Opfer von Menschenrechts
Verletzungen innerhalb der
Bundesrepublik Deutschland)

PS: Ich werde diesen Brief auf meiner Website
"www.horstkirsten.de" veröffentlichen.

PS: Herr Leuning, wenn Sie auf diesen Brief antworten sollten, dann nehmen Sie bitte Abstand davon, mich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verweisen. Dies habe ich bereits versucht. Von dieser Seite wird einem nur mitgeteilt, dass man alles durch entsprechende Kopienbeilagen belegen muss. Das ist allerdings fast keinem der Inhaftierten möglich - und somit verläuft wieder alles im Sande.